

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Leitfaden der LINKEN für die Aktivitäten zum Thema Afghanistan

Partei Vorstand und Bundesausschuss der Partei DIE LINKE haben beschlossen, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu einem Schwerpunktthema der LINKEN im Jahr 2008 zu machen.

Dieser Leitfaden ist eine Handreichung für die Landes- und Kreisverbände, die hilft, den Aktionsschwerpunkt „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ in die Arbeit zu integrieren.

- 1) Zur politischen Situation vor der Abstimmung über die Mandatsverlängerung 2008**
- 2) Aktivitäten der Friedensbewegung**
- 3) Aufgaben der LINKEN in der Bündnisarbeit**
- 4) Was die Länder und Kreise tun können**
 - a) Politische Beschlüsse**
 - b) Aktionsangebot**
 - c) Argumente inhaltlich unterfüttern**
 - d) Erfahrungsaustausch und Ideenbörse**
- 5) Material**
- 6) Anhang**

1) Mehr Soldaten oder Abzug? Zur politischen Situation vor der Abstimmung über die Mandatsverlängerung

Im Herbst 2008 wird ein weiteres Mal über die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr abgestimmt.

Das ISAF-Mandat läuft am 13. Oktober 2008 aus. Damit ist eine Abstimmung im Bundestag Mitte September wahrscheinlich.

Es ist sicher, dass die Regierung eine Verlängerung des Mandats beantragen wird. Es ist wahrscheinlich, dass das Mandat ausgeweitet werden wird. Bereits jetzt gibt es Druck vom Generalinspekteur der Bundeswehr und dem Bundeswehrverband, die Obergrenze von 3500 Soldaten anzuheben. Die Entscheidungsfrage lautet also: Mehr Soldaten nach Afghanistan schicken oder die Bundeswehr abziehen.

Ebenfalls ist wahrscheinlich, dass die Regierung anstreben wird, das Mandat diesmal für eineinhalb Jahre zu verlängern, um die Afghanistanfrage aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.

Die Bilanz des Afghanistankrieges ist katastrophal:

Etwa 6,6 Millionen Afghanen haben nicht genügend zu essen, 68 Prozent der Bevölkerung fehlt der Zugang zu sauberem Wasser und 50 Prozent der afghanischen Kinder unter fünf Jahren sind untergewichtig. Die Lebenserwartung ist von 44,5 auf 43,1 Jahre gesunken, die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen von 28,7 auf 23,5 Prozent. Die Vereinten Nationen bescheinigen Afghanistan deshalb keinen Fortschritt, sondern an Hand des Human Development Index sogar einen Rückschritt im

Vergleich zu 2004.

Die Bundesregierung wirbt für ihren Afghanistan-Einsatz damit, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen seit 2001 auf etwa 230 Euro pro Jahr verdoppelt hat. Aber dieses Einkommen ist sehr ungleichmäßig verteilt. Über die Hälfte der Einwohner Afghanistans leben unterhalb der Armutsgrenze. Nach einem ungewöhnlich harten Winter im Jahr 2007/2008 sind Millionen Menschen von Hunger und Armut bedroht. Die Preise für Brot und Mehl sind zuletzt um durchschnittlich 70 Prozent gestiegen. In diesem Winter sind bisher etwa 1000 Menschenleben verhungert und erfroren.

Die Abwasserentsorgung ist kaum geregelt. In Großstädten wie Kabul oder Kandahar gefährdet dies, besonders im Sommer, massiv die Gesundheit der Einwohner. Nur 10 Prozent der Bevölkerung haben elektrischen Strom und auch das nur zu bestimmten Zeiten. Von den neu errichteten Kapazitäten profitieren vor allem die Regierung, Militärs, Investoren und andere Teile der Internationalen Gemeinde in Afghanistan.

Das von der Bundesregierung gepriesene Konzept der Zivilmilitärischen Kooperation hat dazu geführt, dass Hilfsorganisationen immer weiter in die Militäroperationen der NATO verstrickt werden und dadurch ins Fadenkreuz des Widerstands geraten.

Es gibt keine Institutionen, die als Teil der Besatzung neutral sind. Nicht NGOs, aber schon gar nicht EUPol oder ISAF. Deutsche Truppen und Polizisten sind Teil einer Besatzungsarmee und werden auch von den meisten Afghanen als solche angesehen.

Je mehr sich der Konflikt in Afghanistan zuspitzt, desto mehr wird die Verstrickung Deutschlands in einen brutalen Unterdrückungskrieg auch bei uns zu erkennen sein: Berichte von folternden Soldaten, Prostitution, Verstrickung in Drogenhandel, Bilder von Opfern deutscher Soldaten, zurückkehrende Leichensäcke, und nicht zuletzt wachsende Beschwerden über psychische Probleme der Soldaten im oder nach dem Einsatz.

Die Friedensbewegung, und als Teil dieser auch die Partei DIE LINKE, hat nicht nur die Verpflichtung, diese Barbarei zu stoppen. Sie hat auch die Möglichkeit, Erfolge zu erringen. Bereits jetzt lehnen je nach Umfrage 65 bis 80 Prozent der Bundesbürger die Beteiligung am Krieg in Afghanistan ab. Es ist nötig und möglich, aus dieser Mehrheit eine politische Bewegung zu machen, die einen fundamentalen Wechsel in der Afghanistanpolitik erzwingen kann. Dieser muss eine Alternative zu Krieg und Besatzung sein und muss deshalb mit dem Abzug der alliierten Truppen beginnen.

Die große Koalition und die FDP stehen geschlossen hinter dem Bundeswehreininsatz. Nur einige Abgeordnete aus ihren Reihen haben sich bei der Mandatsverlängerung 2007 enthalten oder mit Nein gestimmt.

Die Grünen hatten einen bemerkenswerten Parteitag in Göttingen, auf dem die Mehrheit der Delegierten den Bundestagsabgeordneten empfohlen hat, nicht nur

gegen die Operation Enduring Freedom, sondern auch gegen ISAF und die Tornados zu stimmen. Damit hat die grüne Basis einen Schritt auf die Friedensbewegung zu gemacht. Allerdings hatte sich nur ein Teil der Abgeordneten an das Votum gehalten.

Die Mobilisierungen der Friedensbewegung und das konsequente Auftreten der LINKEN im Bundestag und in der Öffentlichkeit haben zu leichten Brüchen bei den GRÜNEN und der SPD geführt. DIE LINKE und die Friedensbewegung können mit einer guten Mobilisierung noch weiter in das Spektrum der GRÜNEN und der SPD ausgreifen.

2) Aktivitäten der Friedensbewegung

- Die Friedensbewegung hat auf den Ostermärschen eine Petition gegen die Mandatsverlängerung veröffentlicht, mit der bis zum 15. September 2008 Unterschriften gesammelt werden. <http://www.afghanistan-kongress.de/petition.pdf>
- Am 7./8. Juni findet in Hannover eine internationale Afghanistan-Konferenz statt, um eine breite Debatte zu entfachen. <http://www.afghanistan-kongress.de/>
- Für den Herbst ist wieder eine zentrale Demonstration in Berlin geplant. Der genaue Termin wird Anfang Juni bekannt gegeben.

3) Aufgaben der LINKEN in der Bündnisarbeit

Die LINKE versteht sich als Teil der Friedensbewegung und unterstützt ihre Aktivitäten aktiv.

Zugleich respektiert sie, dass die Friedensbewegung überparteilich ist und sieht es als ihre Aufgabe an, zu helfen, dass sich Friedensbewegung weitere Unterstützer und Mitstreiter findet.

DIE LINKE kann helfen, Bündnisstrukturen vor Ort aufzubauen, mit deren Hilfe z.B. Unterschriftensammlungen organisiert werden. Mitglieder der LINKEN, von denen ja viele in Gewerkschaften und Verbänden (Migrantenorganisationen, Umweltgruppen, Antiprivatisierungsinitiativen, Kirchengemeinden etc.) verankert sind, können dort um Unterstützung für die Petition oder die Afghanistankonferenz werben.

Unser Ziel ist es, eine breitere Bewegung zu entfachen und mehr Menschen zu mobilisieren. DIE LINKE braucht sich nicht zu verstecken, aber sie ist überzeugt, dass die Friedensbewegung nur erfolgreich sein wird, wenn sie politisch in breitere Kreise ausgreift, wie z.B. lokale Friedensinitiativen, gewerkschaftliche Gliederungen, globalisierungskritische Organisationen, kirchliche Gruppen, Moscheen, Migrantenorganisationen, lokale Gliederungen der Grünen, der Grünen Jugend oder der Jusos.

4) Was die Länder und Kreise tun können

a) Politische Beschlüsse

Grundlage für die Aktivitäten ist eine politische Debatte im Landes- und

Kreisverband. Die Debatte kann über einen Antrag zur Unterstützung der Unterschriftenkampagne oder des Afghanistankongresses angeregt werden. Als Beispiel dokumentieren wir im Anhang den Antrag der LAG Frieden und Internationale Politik Hessen an den Landesvorstand Hessen und den Antrag des Bezirksparteitags Altona an den Bundesparteitag. Wenn Ihre Beschlüsse gefällt haben, informiert die Mitgliedschaft, aber auch das Afghanistan-Bündnis (info@afghanistan-kongress.de)

b) Aktionsangebot

Die Ablehnung des Krieges muss sichtbar werden. Dafür ist es notwendig, relevante Mengen an Kriegsgegnern auf die Straße zu bringen. Für den Herbst ist eine zentrale Demonstration in Berlin geplant. Um diese Demonstration zu mobilisieren, neue Aktive zu gewinnen und Druck auf die Abgeordneten vor Ort auszuüben, gibt es eine Reihe von Aktionsformen, aus denen Ihr Euch die für Euren Landes- oder Kreisverband passenden auswählen könnt:

(a) Unterschriftensammlung als niedrigschwellige Protestform

Bei der Unterschriftenkampagne letztes Jahr, schätzte die Friedensbewegung, wurde mit rund einer halben Million Menschen auf der Straße gesprochen. Alleine das verstärkt die Sichtbarkeit der Kriegsgegner. Hinzu kam, dass es gelungen ist, über 40.000 Unterschriften zu sammeln.

Diese Unterschriftensammlungen können auf der Straße, bei Veranstaltungen oder Infoständen durchgeführt werden. Ladenbesitzer oder Kultureinrichtungen (Buchläden, Dönerläden, soziale oder kulturelle Einrichtungen im Stadtteil) können angesprochen werden, ob sie die Listen auslegen.

Genossinnen und Genossen können Unterschriftenlisten im Betrieb, in der Schule, der Gewerkschaftsversammlung oder in der Nachbarschaft herumgehen lassen.

(b) den öffentlichen Raum sichtbar prägen

Dazu dienen traditionell Plakate und Aufkleber. Die Bewegung gegen den Irakkrieg hat die Beflaggung von Fenstern mit Peace-Flaggen zur Mode gemacht – was zu einer sichtbaren Präsenz der Bewegung führte, die Breite und Verankerung der Bewegung eindrucksvoll belegte und allen Kriegsgegnern Mut gab. Ihr könnt Genossinnen und Genossen und Eurem Umfeld vorschlagen, entweder die Partei-Plakate oder die Bündnisplakate in die Fenster zu hängen.

(c) moderne elektronische Kommunikationsformen nutzen

Vorformulierte E-Mails zum Weiterleiten an Freunde und Bekannte sowie eine aktuelle Internetpräsenz sind wichtige Hilfsmittel, die nicht nur auf zentraler Ebene, sondern auch von jeder Ortsgruppe oder LAG mit wenig Aufwand genutzt werden können. Hierzu kann ein Web-Banner heruntergeladen werden www.die-linke.de.

(d) **Aufmerksamkeit mit Aktionsständen** erregen

Aktionsstände mit Plakat-Aufstellern und Flaggen als „eye-catchern“, kurzen Megafonreden, einem Tapeziertisch mit Materialien etc. sind gut, um Aufmerksamkeit für Unterschriftensammlungen und Mobilisierungen zu erzeugen sowie mit Passantinnen und Passanten ins Gespräch zu kommen. Diese Aktionsstände kann man regelmäßig in der Fußgängerzone machen oder zu Straßenfesten und speziellen Anlässen. Die Ausstattung richtet sich danach, ob der Aktionsstand von der Partei oder einem lokalen Bündnis organisiert wird.

(e) Den **lokalen Fokus** suchen: Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen
Es gibt viele Möglichkeiten, lokale Anlässe für Aktivitäten zu nutzen.

1. Aktionen bei ARGEN und Arbeitsagenturen

Die Bundeswehr ist nahezu flächendeckend in den Arbeitsagenturen präsent, um dort vor allem bei jungen Menschen für die Tätigkeit bei der Bundeswehr zu werben. Die Bundeswehr hat in 11 Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit feste Büros und in 217 Einrichtungen führt sie darüber hinaus regelmäßige Sprechstunden durch. Mit Argumenten wie „Beschäftigungsgarantie“ oder "Studieren ohne Gebühren" will sie jungen Leuten den Dienst bei der Bundeswehr schmackhaft machen. Wer jedoch freiwillig länger dient oder als Berufs- und Zeitsoldat/in aktiv ist, der verpflichtet sich damit auch zur Teilnahme an Auslandseinsätzen.

So werden erwerbslose Jugendliche, besonders in strukturschwachen Regionen, zum Kanonenfutter.

DIE LINKE Freiburg hat gemeinsam mit dem Freiburger Friedensforum so eine Werbeveranstaltung genutzt, um Protest zu organisieren. Mit einem Pappsarg und Transparenten ausgestattet, verteilten sie Flugblätter an die Jugendlichen, die zu der Werbeveranstaltung gingen.

Im Anhang dokumentieren wir das Flugblatt der Freiburger LINKEN.

2. Verabschiedung von Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan

Die Landtagsfraktion der LINKEN in Niedersachsen hat die feierliche Verabschiedung eines Panzerregiments nach Afghanistan für öffentlichen Protest genutzt. Gemeinsam mit Aktiven der Friedensbewegung protestierte sie vor der Veranstaltung. Die Aktion rief ein großes Presseecho hervor.

Die Pressemitteilung der Fraktion befindet sich im Anhang.

c) **Argumente inhaltlich unterfüttern**

Argumente verbreiten

Die Kriegsbefürworter der Kriegsparteien und ihrer Freunde in Institutionen und Medien überziehen uns mit einer Flut klassischer Kriegspropaganda. Gleichzeitig ist die Situation in Afghanistan nicht einfach und wird täglich komplizierter. Das erfordert eine inhaltliche Auseinandersetzung der Aktiven der Bewegung und der Partei mit den Fragen rund um den Krieg. Deswegen ist

es sinnvoll:

(a) eine möglichst starke Beteiligung an der von der Friedensbewegung organisierten Afghanistan-Konferenz sicherzustellen.

(b) mit den Publikationen der Friedensbewegung und der LINKEN zu arbeiten und diese zu verbreiten.

(c) dafür zu sorgen, dass in den bundesweiten, regionalen und lokalen Publikationen der LINKEN die Argumente der Friedensbewegung veröffentlicht werden. (Zeitungen, Newsletter etc.)

Die Debatte organisieren

(a) interne Schulung

Seminare und Workshops der Kreis- oder Landesverbände können helfen, die Position der LINKEN zu erklären und Fragen der Mitglieder zu diskutieren, damit sie selbstbewusst die Position der LINKEN nach außen vertreten können.

(b) öffentliche Diskussionsveranstaltungen

Öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der Friedensbewegung und z.B. mit linken Grünen können organisiert werden. Dabei ist es spannender, wenn man unterschiedliche Positionen auf dem Podium vertreten hat.

(c) Teach-Ins

Teach-Ins auf dem Uni-Campus oder auf anderen belebten Plätzen – z.B. auch mit kontroversen Standpunkten – können ein guter Ort sein, um den Campus bzw. den öffentlichen Raum zu politisieren.

Einen Referentinnen- und Referentenpool findet ihr unter: www.die-linke.de/bundeswehr-raus-aus-afghanistan

4. Austausch und Planung

Die Aktiven der Partei werden vielseitige Erfahrungen machen, die von Interesse für andere Aktive sind.

Der PV hat eine Aktionsseite erstellt www.die-linke.de/bundeswehr-raus-aus-afghanistan, die ab Ende Mai regelmäßig aktualisiert werden wird. Informationen werden auch über den Newsletter der Partei verschickt.

So können die Erfahrungen zentralisiert und öffentlich gemacht werden.

Dazu sind wir auf Eure Zuarbeit angewiesen. Deshalb schickt uns bitte Rückmeldungen, Berichte und Bilder von Aktionen, Flugblätter und andere Materialien an christine.buchholz@die-linke.de, Betreff: Afghanistan

Die Landesarbeitsgemeinschaften Frieden und Internationale Politik können die Arbeit auf Landesebene unterstützen.

5. Material

1) Material der Friedensbewegung

Petition, Kongressmaterial etc.:

www.afghanistan-kongress.de

weitere Infos, Texte und Termine:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/Welcome.html>

<http://www.koop-frieden.de/>

<http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1454>

2) Material der Partei

Homepage:

www.die-linke.de/bundeswehr-raus-aus-afghanistan

Eine kleine Agitations-Broschüre erscheint Ende Mai

Plakate: Bestellen unter

<https://shop.die-linke.de/index.php?cat=PROMOTION&product=P000227>

Aufkleber: Bestellen unter

<https://shop.die-linke.de/index.php?cat=KAT07&product=P000194>

3) Material der Fraktion

Anfang Juni 2008 erscheint eine ausführliche Broschüre zum Thema.

Mehr: www.linksfraktion.de

6. Anhang

Antrag der LAG „Frieden und internationale Politik“ Hessen an den Landesvorstand der LINKEN Hessen (19.4.2007)

Der Landesvorstand möge beschließen:

Die Gliederungen und Mitglieder der Linken in Hessen sind aufgefordert, die Initiative der Friedensbewegung „Dem Frieden eine Chance: Truppen raus aus Afghanistan“ aktiv zu unterstützen, in dem

Unterschriften für die Petition an die Bundestagsabgeordneten gesammelt werden für die Teilnahme am Internationalen Afghanistan-Kongress am 7./8. Juni in Hannover und

für die Teilnahme an bundesweiten Aktionen der Friedensbewegung im Herbst mobilisiert wird.

Der Landesvorstand erhebt den Aufbau und die Stärkung der Initiative „Dem Frieden eine Chance: Truppen – raus aus Afghanistan“ zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Partei im Monat Mai, beginnend auf den 1. Mai Demonstrationen des DGB. Hier sollten breit Unterschriften gesammelt und dazu beigetragen werden, Unterstützung für die Forderung nach Abzug der Truppen aus Afghanistan in den Gewerkschaften zu gewinnen.

Er empfiehlt den Gliederungen und Mitgliedern der Linken in Hessen, die Bildung lokaler Aktionsbündnisse im Rahmen der Kampagne der Friedensbewegung anzuregen, bzw. aktiv darin mitzuarbeiten.

Er stellt Mittel zur Verfügung, um Fahrmöglichkeiten (Busse) zur Internationalen Afghanistan-Konferenz in Hannover so zu organisieren, dass aus allen Teilen Hessens die Anreise möglich wird.

Er nutzt den hessischen Newsletter, um über die Kampagne und ihre Entwicklung zu informieren.

Er bestimmt aus seinen Reihen eine Ansprechperson, die gemeinsam mit der LAG FiP das weitere Vorgehen erarbeitet.

Begründung:

Die Formulierung der Petition an die Bundestagsabgeordneten ist die Plattform der gemeinsamen Initiative der Friedensbewegung. Gemeinsam ist also die Forderung nach einer Beendigung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen über das „Wie“ eines Abzugs gibt. Der Parteivorstand der Linken unterstützt diese Initiative.

Den letzten Umfragen zu Folge, sind 86 % der Bevölkerung gegen Kampfeinsätze, 55 % gegen jeglichen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Im Parlament haben sie bisher nur bei wenigen Abgeordneten der anderen Parteien und bei der Fraktion der Linken eine Stimme.

Eine Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben, besteht in der Unterschrift unter die Petition. Die Partei DIE LINKE hat durch ihre flächenmäßige Verbreitung und durch die Tatsache, dass ihre Mitglieder in Verbindung mit vielen Menschen stehen, die nicht in der organisierten Friedensbewegung aktiv sind, die Aufgabe und die Chance die Forderung in breiten Teilen der Bevölkerung zu verankern und dabei zu helfen, dass aus einer ablehnenden Meinung in Umfragen ein selbstständiges Handeln wird. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die anstehende Mandatsverlängerung im Herbst, sondern auch in Hinblick auf die Wahlen 2009 wichtig. Die Linke kann, in dem möglichst viele ihrer Mitglieder für den Abzug der Truppen aus Afghanistan aktiv werden, ihren Anspruch einlösen, reale Friedenspartei zu sein und die außerparlamentarische Bewegung stärken. Wir werden diesem Anspruch nur gerecht, wenn möglichst viele Mitglieder in möglichst vielen Kreisverbänden darin ihre eigene Aufgabe sehen. Der Landesvorstand muss dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Antrag der Mitgliederversammlung des Bezirkes Hamburg-Altona an den Bundesparteitag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag

- 1) lehnt die Verlängerung der Bundeswehrmandate in Afghanistan ab und fordert den sofortigen und unbedingten Abzug der deutschen Streitkräfte aus Afghanistan;
- 2) stellt fest, dass die Strategie der zivil-militärischen Kooperation gescheitert ist, und fordert die Umwidmung aller Gelder in rein zivile Projekte;
- 3) weist den NATO-Beschluss von Bukarest über das fortgesetzte, auf einen militärischen Sieg ausgerichtete Engagement in Afghanistan zurück und bekräftigt, dass das Ende der Besatzung Bedingung für Frieden, politische Stabilität und Wiederaufbau ist, und nicht umgekehrt;
- 4) lehnt den Versuch der Bundesregierung ab, das Thema Afghanistan durch Verlängerung der Mandatierungszeit aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herauszuhalten;
- 5) fordert dementsprechend alle Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Mandate ISAF und OEF abzulehnen;
- 6) bekräftigt, dass die Partei DIE LINKE sich auch weiterhin der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen durch Kriege und der Etablierung Deutschlands und der EU als imperialer Militärmacht widersetzen wird;
- 7) fordert die Partei und ihre Gliederungen auf, aktiv dazu beizutragen, die Proteste der Friedensbewegung zu verbreitern, und sich im Sinne dieser Resolution zu beteiligen.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland versinkt immer tiefer im Sumpf des grausamen Afghanistan-Krieges. Im Sommer d. J. wird erstmals eine Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr die dort bereits stationierten ISAF-Verbände verstärken. Und in Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass bei der Verlängerung des Einsatzmandats im Herbst eine massive Truppenaufstockung vorgenommen werden soll.

Der Krieg in Afghanistan, den die USA und ihre Verbündeten vor sechseinhalb Jahren begonnen haben, tritt alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen. In den meisten Regionen des Landes herrschen heute Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag.

Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Die ausländischen Truppen werden keineswegs als Befreier, sondern zunehmend als feindliche Besatzer gesehen, gegen die jeder Widerstand gerechtfertigt erscheint.

Der Behauptung, dass die Truppenpräsenz den Wiederaufbau des Landes absichern würde, stehen die Fakten entgegen: 2,5 Milliarden Euro wurden für den Bundeswehreinsatz ausgegeben und nur 0,15 Milliarden Euro für den zivilen Wiederaufbau. Trotz der angeblichen Aufbauleistungen der Besatzungsmächte, haben nur zwei Prozent der afghanischen Bevölkerung Zugang zur Elektrizität. 60 Prozent leben unter der Armutsgrenze und 50 Prozent leiden unter Arbeitslosigkeit. Insbesondere für die Frauen hat sich die Lage durch Krieg und Besatzung verschlechtert – ihre Selbstmordrate war noch nie so hoch wie derzeit.

Als besonders problematisch hat sich das Konzept der zivil-militärischen Kooperation entpuppt. Es nimmt der zivilen Hilfe ihre Neutralität und untergräbt so das Vertrauen von großen Teilen der Bevölkerung in diese Hilfe.

Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Der zivile Wiederaufbau und eine soziale Entwicklung können überhaupt erst gelingen,

wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Karitative und humanitäre Hilfsorganisationen bestätigen immer wieder, dass Hilfe am besten dort geleistet werden kann, wo kein Militär vorhanden ist. Es ist ein Skandal, dass für den Krieg ein Vielfaches an Geld ausgegeben wird wie für den zivilen Wiederaufbau!

Die Beendigung des Bundeswehreinsatzes ist noch keine Garantie, eröffnet aber eine Chance für eine friedlichere Entwicklung in Afghanistan. Andere Kriegsparteien würden damit unter Druck geraten, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen.

Flugblatt DIE LINKE und SDS Freiburg für Aktion bei der ARGE Freiburg

Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze!

Du suchst Zukunft , wir bieten sie!.

So lockt die Bundeswehr arbeitslose Jugendliche und Schulabgänger. 70 Prozent aller Jugendlichen, die zur Bundeswehr gehen, tun das wegen einem sicheren Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Du bist jung, Du suchst Ausbildung oder sichere Arbeit?

Aufgepasst! Die Bundeswehr verspricht Dir beides. Aber! Aber! Aber! Ausbildung bekommst Du nur als Soldat oder Soldatin. Das heißt: 8 bis 12 Jahre beim Bund, davon mindestens ein Jahr in einem Auslandseinsatz: im Kosovo, Afghanistan oder Kongo oder, oder, oder ...

Ausbildung gegen ein Jahr Kriegseinsatz?

65 Bundeswehrsoldaten sind offiziell bei Auslandseinsätzen getötet worden. 1600 sind seit 1996 nach solchen Einsätzen wegen „psychischer Störungen“ behandelt worden. Noch viel mehr leiden an solchen Beschwerden. Und das Risiko wächst von Jahr zu Jahr. Bald sollen noch mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan kommen. Die USA machen Druck, dass Bundeswehr auch im Süden von Afghanistan eingesetzt wird. Da herrscht offener Krieg. Insgesamt kamen bisher 763 Soldaten der ausländischen Truppen um, allein die US-Armee hatte über 2000 Verletzte, 20.000 afghanische Zivilisten wurden getötet, meistens durch Luftangriffe auf Dörfer.

Von der Verteidigungsarmee zur weltweiten Einsatztruppe

Die Bundeswehr ist heute keine Verteidigungsarmee mehr. Wir sollen Deutschland „am Hindukusch“ (Himalaja) „verteidigen“. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Auslandseinsätze. Sie weiß es besser: Es geht nicht um Frieden, es geht um Weltmacht! Es geht nicht um Sicherheit, es geht um Profite!

Die LINKE fordert:

- Recht auf Ausbildung für alle
- In Südbaden fehlen derzeit tausende Ausbildungsplätze, deshalb: 20.000 Lehrstellen in Baden- Württemberg sofort!

- Wir wollen keine „Förderkurse“ mehr. Wir verlangen ein Recht auf Ausbildung für alle!
- Zu gleichen Bedingungen wie bei der Bundeswehr, aber ohne Lebensrisiko!
- Schluss mit der Erpressung unserer Jugend.
- Schluss mit der Komplizenschaft der Arge (Arbeitsämter)

.Etwas Besseres als den Tod findest Du überall!.(aus: „Die Bremer Stadtmusikanten“)

Pressemitteilung Niedersachsen: DIE LINKE: Fraktionsmitglieder verlassen die Feierstunde im Landtag

DIE LINKE: Fraktionsmitglieder verlassen die Feierstunde im Landtag zur Verabschiedung der 1. Panzerdivision nach Afghanistan - Solidarität mit den Soldatinnen und Soldaten.

Hannover. Aus Protest gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr haben die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE die heutige Feierstunde im Niedersächsischen Landtag verlassen, bei der die 1. Panzerdivision nach Afghanistan verabschiedet wurde. Die Abgeordneten, die Schals mit Friedenssymbolen trugen, standen mitten in der Rede von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) auf, verließen den Saal, rollten vor dem Landtag ein Friedenstransparent aus und machten sich auf den Weg zur Marktkirche, wo sie gemeinsam mit Friedensbewegten gegen den Auslandseinsatz demonstrierten. Die Fraktion DIE LINKE ließ bei der Kundgebung als Protest gegen die militaristische Einstellung der Bundes- und Landesregierung Friedenstauben aufsteigen. "Wir wollen nicht, dass Bundeswehr-Kampftruppen in Afghanistan eingesetzt werden. Und mit unserer Haltung vertreten wir die Meinung der breiten Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland", sagte Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger in ihrer Rede.

"Unsere Protestaktion ist auch eine Solidaritätsbekundung mit unseren Soldatinnen und Soldaten, die eben nicht einer Angriffsarmee angehören, sondern - wie es der Name Bundeswehr schon sagt - einer Verteidigungsarmee", so Flauger weiter. Ihre Fraktion sei fassungslos darüber, dass der wichtige und einst von der politischen Mehrheit getragene Grundsatz "Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen" heute sang- und klanglos von der Bundesregierung beiseite geschoben wird. "Unsere Partei wehrt sich dagegen und wir werden da nicht locker lassen", erklärte die Fraktionsvorsitzende.

Flauger kritisierte den Landtagspräsidenten Hermann Dinkla, der in der Einladung zur Feierstunde geschrieben hatte: "Vor Weihnachten 2008 wird dann der Großteil der Soldatinnen und Soldaten wieder nach Deutschland zurückgekehrt sein". "Alle Soldaten sollen zurückkehren, nicht nur ein Großteil. Und noch viel besser wäre es: Man würde sie erst gar nicht nach Afghanistan schicken ", betonte dagegen Flauger.

Die Fraktionsvorsitzende stellte die Afghanistan-Politik der Bundesregierung grundsätzlich in Frage und erklärte, dass nicht Soldaten und Krieg Afghanistan

helfen würden, sondern zivile Hilfe notwendig sei. "Seit 2002 wurden 7,3 Mrd. Dollar für den Aufbau bereit gestellt, die Kriegsführung kostete dagegen 82,5 Mrd. Dollar, also weit mehr als das Eifache", erklärt Flauger. Mit dieser hohen Summe hätten viele Probleme des Landes gelöst werden können, um die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. DIE LINKE fordert neben dem Abzug sämtlicher Soldaten aus Afghanistan und der Aufstockung der zivilen Hilfe auch die Aufkündigung der Bündnistreue zum so genannten Krieg gegen den Terror, der kein Verteidigungskrieg, sondern ein verbotener Angriffskrieg sei.

Parallel zur Protestaktion der Landtagsfraktion organisierte DIE LINKE auch Kundgebungen an anderen Orten mit, unter anderen gab es Mahnwachen gegen den Afghanistan-Einsatz in Jever, Oldenburg-Land und Wilhelmshaven.